

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. bei Haus, bei Vorbestellung 1,80 RM. jährlich 20,- RM. Einzelhefte 10 Kpf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6



Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 150 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 29. Juni 1932.

Der Stahlhelm und sein Wollen.

Im Programm der Berliner Frontstunde sprach der Gründer und erste Bundesführer des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, Franz Selbte, über den Stahlhelm und sein Wollen für Staat und Volk. Einleitend betonte Selbte, daß er sich bewußt den 28. Juni ausgesucht habe, weil an diesem Tage der Tribunertrag von Versailles unterzeichnet wurde. Er führte dann u. a. aus: Der Stahlhelm hat von der ersten Stunde an diesen unmoralischen Vertrag bekämpft und wird ihn bekämpfen, so lange er besteht. Die Linke, die 1918 nach ihrem Unfug Frieden, Freiheit und Brot versprochen, hat dieses nicht schaffen können. Mit entsetzlichen Verlusten innen und außen ist ihr System zusammengebrochen. Trotzdem man uns belächelt oder abdrängt, belächelt oder verbot, wir haben nicht nachgegeben. Wer die Freiheit für sein Vaterland erkämpfen will, muß selbst frei sein. Darum mußte der Bund

frei sein von allen anderen Einflüssen und Mächten. Darum mußte er nur eigene Führer, nur eigene Gelder, nur eigene Menschen haben. Das wurde in jahrelanger kameradschaftlicher Arbeit erreicht. Es gelang uns, den Kameradschaftsfinn auch auf die deutsche wehrwillige nationale Jugend zu übertragen. Es gelang uns unter dem Symbol des Stahlhelms und des selbigen Nades die Klassengegensätze, wie es noch niemals in Deutschland geschahen war, zu überbrücken und hinwegzulassen. Das gibt die Kraft, die stark ist zur Arbeit und wenn es sein muß, auch zum Kampf mit der Waffe, die sich aber ausstrahlen möchte in Güte und Versehen, in Arbeit und in Leistung. Mit um so größerer Freude hören wir, wenn der neue Reichskanzler eine neue einheitliche Willensbildung der Nation fordert, wenn der Reichswehrminister diejenigen geistigen und physischen Kräfte des Volkes gefordert zu sehen wünscht, die die unentbehrliche Grundlage der Landesverteidigung bilden, wenn der neue Reichsinnenminister Freiher von Gahl die machtvolle nationale Bewegung der Gegenwart als eine staats- und volksbehaltende Kraft zu werten und zu nutzen ankündigt. Nur auf dem Wege des

Zusammenfassens der arbeits- und wehrwilligen nationalen Kräfte und nur auf dem Wege der Volksgemeinschaft kann es in Deutschland vorwärtsgehen. Wir kämpfen für Deutschlands Freiheit und wir ringen um unser Recht im Räte der anderen Nationen. Wir wollen nicht angreifen, wir wollen nur sichern, was uns gehört. Und wir müssen wiederhaben, was man uns freventlich genommen hat. Wir wollen keinen neuen Krieg, gerade weil wir Frontsoldaten ihn in seinem Grauen bis zum letzten kennen. Doch ruft man uns zur Verteidigung des Vaterlandes, dann steht der Stahlhelmann selbstverständlich jederzeit bereit. Stark können wir nur sein, wenn die Wurzeln unseres Seins und Wesens im Heimatboden liegen. Deshalb stellen wir voran das Wiedererringen der deutschen Hoheitsrechte auf allen Gebieten innen und außen. Wir lehnen die Kriegsschuldfrage und die unmoralischen Kriegsverträge als freie Männer ab. Wir bekämpfen die Arbeitslosigkeit und fordern als erstes die Arbeitsdienstpflicht als den ersten Grad der Abhilfe.

Wir fordern ein gesundes, starkes Volk und darum Nahrungsfreiheit und Stärkung der Geister und der Körper durch den Wehrsport. Wir wollen dem deutschen Menschen helfen wie unseren Kameraden durch die Stahlhelm-Selbsthilfe, durch unsere Stahlhelm-Volksspeisungen und die sozialen Einrichtungen unserer Stahlhelm-Verbindungen. In dem Staat aber sehen wir nicht ein Wohlfahrtsinstitut, wie er jahrzehntlang als falsches Ideal in den Köpfen spulte, sondern das überpersönliche Gemeinwohl der Nation, in der jeder Deutsche vollverantwortlich mitzuarbeiten und aufzubauen hat.

Aus diesen Ideen heraus entwickeln wir die Pläne unserer Wirtschaftsauffassung und der verantwortlichen Einführung aller Berufsstände in den Staat. Aus diesem Gefühl heraus sehen wir auch der heutigen parlamentarischen Erscheinungsform des politischen Lebens abweisend gegenüber. Aus diesen Begriffen heraus konnte der Stahlhelm sich niemals einer Partei verschreiben. Und wird es auch in Zukunft nicht können. Er arbeitet aber gern mit allen nationalen Parteien und Gruppen zusammen, die das gleiche Ziel haben. Laut und vernehmlich werden wir diesem Programm wieder Ausdruck geben, wenn wir in diesem Jahre zu unserem großen Reichsfrontsoldatentage am 3. und 4. September in Deutschlands Hauptstadt, in Berlin, aufmarschieren.

Berlin. Anlässlich des 50. Geburtstages des 1. Bundesführers des Stahlhelms, Franz Selbte, veröffentlicht die „Kreuzzeitung“ eine Reihe von Artikeln führender Stahlhelmmitglieder. Reichspräsident von Hindenburg hat in einem Telegramm an Selbte ebenfalls seinen Glückwunsch ausgesprochen. Unter anderem bringt das Blatt Äußerungen des Generalfeldmarschalls von Wadenstein, Duesterberg und der Landesführer des Stahlhelms.

Die Lausanner Konferenz am Scheitern

Der große Topf und der Besserungsschein.

Die reparationspolitischen Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich sind jetzt nach der letzten Aussprache in Lausanne festgelegt und gewissermaßen abgeklärt worden. Frankreich besteht auf einem Besserungsschein. Deutschland hält eine glatte Tribunalforderung für die unumgängliche Voraussetzung einer Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftsnöte. Aber entgegen den bereits jetzt schon aus durchsichtigen Gründen im Ausland verbreiteten Personen, als ob Deutschland sich in Lausanne rein negativ auf die Aufgabe der Reparationen beschränkt, haben die deutschen Vertreter auf der Reparationskonferenz ganz im Gegenteil die tatkräftigste Mitwirkung am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas in Aussicht gestellt. Es ist deutscherseits ein Sofortprogramm vorgelegt worden, das in erster Linie die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung Österreichs und Südosteuropas herbeiführen soll.

Darüber hinausgehend hat aber die deutsche Regierung ihre Mithilfe an allen Maßnahmen zugesichert, die im weitesten Rahmen einer Reorganisation der Weltwirtschaft dienen sollen. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, an einer Stabilisierung der internationalen Währungen auf einer internationalen Konferenz, an der Aufhebung bestehender Handelsbarrieren und der Deviseneinschränkungen, an dem Abbau von prohibitiven Zöllen und ähnlichen Maßnahmen sofort mitzuwirken. Eine besondere Rolle spielt in dieser Hinsicht die Idee eines sogenannten „Fonds commun“, dessen Hauptaufgabe darin bestehen würde, durch Kredite den Ländern mit schwierigen Währungsverhältnissen eine zuverlässige Deckungsgrundlage zu schaffen.

Der wesentliche Teil dieses Planes besteht darin, daß alle europäischen Staaten jährlich einen bestimmten Teil ihrer Exporterträge oder des Überschusses ihrer Handelsbilanz in eine europäische Verrechnungstafel zahlen sollen. Für Deutschland würden allerdings solche Zahlungen eine große Abnützung haben mit ihres politischen Charakters entliehenen Reparationszahlungen, die ja auch nur aus den Überschüssen der Handelsbilanz gezahlt werden können. Aber Genaueres über die Ausgestaltung dieses großen Topfes steht noch nicht fest und man darf über die Gefahren der getarnten Tribute nicht die Ängstlichkeit solcher Hilfslosen übersehen. Den größten Nutzen einer solchen europäischen Hilfsaktion würde mittelbar allerdings zunächst Frankreich haben, denn sie würde vor allem den Donauländern zugute kommen müssen und die dort eingefrorenen französischen Kredite aufbauen helfen.

Der von Frankreich geforderte deutsche Besserungsschein, der es ermöglichen soll, im Falle der Erholung der deutschen Wirtschaft weitere, wenn auch begrenzte Zahlungen zu leisten, ist natürlich für Deutschland unannehmbar, denn auf diese Weise würde Frankreich weiterhin ein politisches Druckmittel gegenüber Deutschland in der Hand behalten. Zur Feststellung der Erholung der deutschen Wirtschaft würde wahrscheinlich wieder eine Prüfungskommission eingesetzt werden, die unangenehme Erinnerungen an Pariser Gilbert und seine Tätigkeit wachrufen würde.

Noch stehen sich also die deutschen und französischen Thesen mit unverminderter Härte schroff gegenüber, und Macdonald hat wieder die Verhandlungsführung in die Hand genommen, um zu vermitteln und zu retten, was noch zu retten ist.

Worum es geht.

Der deutsche Standpunkt in Lausanne.

Aus den bisherigen Verhandlungen der Reparationskonferenz wird vom deutschen Standpunkt aus von deutscher Seite folgende Bilanz gezogen: Keine Konferenz stand vom ersten Tage an so stark unter dem Eindruck, daß es sich in Lausanne nicht nur darum handelt, endgültig das Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner zu bereinigen, sondern daß es darum geht, auf viele Jahre hinaus das Schicksal Europas und der Welt entscheidend zu bestimmen. Die Haltung der deutschen Regierung auf der Konferenz war vom ersten Tage an vollkommen konsequent.

Die Ausführungen des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers in den letzten Tagen gingen immer in der Richtung, daß Vorschläge für ein neues System von Reparationszahlungen unmöglich sind und daß das deutsche Volk in seiner ungeheuren Not jeden solchen Vorschlag nicht verleihe und einmütig ablehnen würde.

Die deutsche These ist und bleibt, daß nur eine Streichung der Reparationen für alle Völker eine bessere Zukunft erhoffen lässe und daß in einer Zusammenarbeit im Rahmen des konstruktivsten Planes der einzig mögliche Weg zu erblicken sei, der zum Wiederaufbau Europas und der Welt führe.

Lausanne am Donnerstag zu Ende?

Die Besprechungen der drei Mächte.

Die zweite Zusammenkunft zwischen Macdonald, Herriot und Papan im Beisein des Reichsfinanzministers und der Finanzminister Frankreichs und Englands, die vier Stunden dauerte, wurde kurz vor 20 Uhr abgeschlossen. Es war zunächst vereinbart worden, daß am Mittwoch eine neue Sitzung der sechs einladenden Mächte der Konferenz sowie direkte Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Abordnung, und zwar zwischen dem Reichskanzler Papan und Herriot sowie zwischen dem Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk und dem französischen Finanzminister Germain-Martin, stattfinden sollen.

Nach Mitteilungen von französischer Seite, die allerdings mit Vorsicht aufgenommen werden müssen, ist in den Besprechungen die Auslichtungsfrage weiterer Verhandlungen festgelegt worden. Man wäre übereingekommen, einen Ausschuss aus den Vertretern der sechs einladenden Mächte einzusetzen, um auf diese Weise die Konferenz in Permanenz zu erklären. Tatsächlich würde jedoch bereits die Konferenz in den aller nächsten Tagen zum Abschluß kommen, voraussetzlich bereits am Donnerstag.

Die für Mittwoch vormittag einberufene deutsch-französische Besprechung ist offiziell abgesagt worden, soll jedoch als rein persönliche Besprechung zwischen Papan und Herriot noch stattfinden.

In der Sadgasse.

Der Druck auf die deutsche Delegation.

Der englische Ministerpräsident hat in Lausanne die Initiative ergriffen und vorläufig die Verhandlungsführung in die Hand genommen. Macdonald hat gleichzeitig den Reichskanzler und den französischen Ministerpräsidenten zu sich zu einer gemeinsamen Unterredung berufen, an der der englische Schatzkanzler Chamberlain und der französische Finanzminister Germain-Martin teilnahmen. Von englischer Seite wird erklärt, daß jetzt Vermählungen der englischen Regierung einsehen, um einen Ausweg aus der völlig festgefahrenen Lage zu finden.

Schwierig und außerordentlich ernste Verhandlungen stehen damit der deutschen Regierung bevor, da jetzt zweifellos sowohl von englischer wie auch von französischer Seite ein außerordentlich harter Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt werden wird, den bisherigen klaren deutschen Standpunkt aufzugeben und Zugeständnisse zu machen.

Die Tendenz auf der Gegenseite läuft jetzt eindeutig in der Richtung, der deutschen Regierung die Schuld für einen möglichen Zusammenbruch der Konferenz zuzuschreiben, falls die deutsche Regierung die bevorstehenden allgemeinen Kompromißvorschläge ablehnen sollte.

Am Mittwoch doch noch private deutsch-französische Besprechungen.

Lausanne, 28. Juni. Trotz der Abgabe der offiziellen deutsch-französischen Delegationsbesprechungen werden am Mittwoch vormittag doch noch persönliche Besprechungen zwischen dem Reichskanzler von Papan und Herriot sowie zwischen dem deutschen und französischen Finanzminister stattfinden. Was bei diesen Besprechungen verhandelt werden wird, steht noch nicht fest.

England ist weiter optimistisch.

Lausanne, 28. Juni. In leitenden englischen Kreisen wird in schroffem Gegensatz zu der geradezu panikartigen Stimmung, die von französischer Seite Dienstag abends verbreitet wird, die Lage der Konferenz als keineswegs hoffnungslos bezeichnet. Die Verhandlungen seien Dienstag durchaus freundschaftlich verlaufen. Die Verhandlungen gingen weiter und würden voraussichtlich bis Mitte nächster Woche hinein dauern. Zwar wären die Gegensätze noch außerordentlich groß. Es bestehe jedoch nach den Dienstagverhandlungen durchaus der Eindruck, daß man gegenüber der Lage der letzten Tage etwas weiter gekommen sei. Man werde jetzt wiederum die offizielle Konferenzmaschine in Gang setzen und einen Unter-ausschuss einsetzen, um in engem Rahmen eine Überbrückung der Gegensätze zu finden. Für die Erklärungen von französischer Seite, daß der Abbruch der Konferenz nunmehr unvermeidlich geworden sei, zeigt man auf englischer Seite wenig